



UNSERE THEMEN

Amnesty International setzt sich für die Durchsetzung aller in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte formulierten Rechte ein. Besonders engagiert sich Amnesty

- gegen Folter, Todesstrafe, politischen Mord, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und das "Verschwindenlassen" von Menschen,
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter,
- für die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener, die aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, Sprache, Religion oder Überzeugung inhaftiert sind,
- für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern,
- für den Schutz von MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden,
- für den Schutz der Menschenrechte in bewaffneten Konflikten,
- für eine wirksame Kontrolle des Waffenhandels,
- für den Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt und Unterdrückung,
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte,
- für den Eingang der Menschenrechte in internationale sowie regionale Vereinbarungen und Konventionen,
- für faire und zügige Gerichtsverfahren, insbesondere bei politischen Gefangenen,
- für Programme zur Menschenrechtserziehung und zur Förderung des Bewusstseins für die Menschenrechte ,
- für die Zusammenarbeit von nichtstaatlichen Organisationen, den Vereinten Nationen und regionalen zwischenstaatlichen Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte

WAS WIR ERREICHEN

Unsere Erfolge

Können einzelne Menschen wirklich etwas bewirken? Und ob! Amnesty ist die Plattform für viele einzelne Menschen, die gemeinsam Druck aufbauen - weltweit. Denn öffentlicher Druck ist das wirksamste Mittel, um Menschenrechte zu schützen. Oft zählt jede Minute und jede Stimme.

Appelle und Briefe zeigen den Verantwortlichen von Menschenrechtsverletzungen, dass ihre Taten gesehen und nicht hingegenommen werden. Oftmals können wir so erreichen, dass Gefangene freigelassen, Todesurteile umgewandelt, Drohungen eingestellt, Folter und Misshandlung gestoppt oder unfaire Gerichtsverfahren wieder aufgerollt werden. Rund 40 Prozent unserer Eilaktionen sind erfolgreich. Mit Lobbyarbeit arbeiten wir unter anderem daran, dass Menschenrechte Eingang in internationale Abkommen finden.



Serkalem Fasil mit Sohn Nafkot und Ehemann Eskinder

Nega: © PrivatDie Freilassung der äthiopischen Journalistin Serkalem Fasil ist einer der jüngeren Amnesty-Erfolge. Fasil wurde durch den öffentlichen Druck unserer Aktivisten und Unterstützer im April 2007 freigesprochen. Sie war wegen regierungskritischer Artikel verhaftet worden und sollte

zum Tode verurteilt werden. Im Gefängnis brachte sie unter fürchterlichen Bedingungen ein Kind zur Welt.



Amnesty Menschenrechtspreisträgerin Eren Keskin: ©

Amnesty "Wir stehen in der Schuld all derer, die an uns gedacht und Appelle geschickt haben. Wir brauchen diese Solidarität. Die Reaktion auf die Appelle wird derartige Angriffe verhindern, das ist unsere feste Überzeugung. Wir senden herzliche Grüße an alle, die sich um unsere Sicherheit besorgt gezeigt haben." Diese Worte von Mitgliedern des türkischen Menschenrechtsvereins 'IHD' erreichten Amnesty wenige Tage nachdem eine Urgent Action zum Schutz von Eren Keskin gestartet worden war. Binnen 24 Stunden hatten Menschen aus aller Welt die türkischen Behörden aufgefordert, die Sicherheit der Rechtsanwältin und Leiterin des 'IHD' Istanbul zu gewährleisten. Zum Hintergrund: Am 19. April 2005 hatte Keskin Drohbriefe der ultranationalistischen Gruppe "Türkische Rachebrigaden" erhalten. Amnesty International unterstützt Keskin in ihrem Engagement für die Rechte türkischer Frauen und verlieh ihr dafür 2001 den Amnesty-Menschenrechtspreis.

"Ich bin davon überzeugt, dass internationaler Druck entscheidend dafür war, dass mein Mann nicht ausgeliefert wurde", sagte Tadschigul Begmedowa, nachdem ein bulgarisches Gericht die Auslieferung ihres Mannes Annadurdy Chadschijew an Turkmenistan abgelehnt hatte. Sie dankte allen Teilnehmern des Amnesty-Eilaktionsnetzwerks, das sich dafür eingesetzt hatte, die Auslieferung Chadschijews zu verhindern. Im Falle seiner Zwangsrückführung nach Turkmenistan wäre er in großer Gefahr gewesen, inhaftiert und gefoltert zu werden. Annadurdy Chadschijew ist ein führendes Mitglied der turkmenischen Exilpartei "Watan". Er war 2001 nach Bulgarien geflohen.



Hinrichtungsstopp jetzt! Generalsekretärin Barbara

Lochbihler, Max Herre und Schüler der Hermann-Hesse-Schule Berlin: © jens Liebchen Ein Meilenstein auf dem Weg zur weltweiten Abschaffung der Todesstrafe: Einen Erfolg feierte Amnesty auch am 18. Dezember 2007, als die UN-Generalversammlung mit klarer Mehrheit für einen weltweiten Hinrichtungsstopp stimmte. Diese Resolution hatte eine breit gefächerte Staatenkoalition aus allen Erdteilen in die UN-Generalversammlung eingebracht. Sie wurde von Amnesty, der Weltkoalition gegen die Todesstrafe und der Europäischen Union unterstützt.

z B

PARLAMETARIER FORDERN ABKOMMEN ZUR LÜCKENLOSEN KONTROLLE DES INTERNATIONALEN WAFFENHANDELS

147 deutsche Parlamentarier aus Bundestag, Europaparlament und Landtagen haben sich für eine weltweite, lückenlose Kontrolle des Waffenhandels ausgesprochen. Sie haben am 25. September 2008 in Berlin eine Petition an die Nichtregierungsorganisationen Amnesty International und Oxfam übergeben. Darin fordern sie die Vereinten Nationen auf, den vor zwei Jahren begonnenen

UN-Verhandlungsprozess für ein entsprechendes Kontrollabkommen zügig und ohne Abstriche zu Ende zu führen.

Regierungen sollen zukünftig alle Rüstungstransfers verbieten, die zu schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts beitragen sowie die nachhaltige Entwicklung beeinträchtigen. Weltweit unterstützen über 2.000 ParlamentarierInnen ein solches Abkommen. Abgeordnete aller Fraktionen haben unterschrieben, darunter allein 124 Abgeordnete des Bundestages. Deutschland ist einer der weltweit größten Rüstungsexporteure.

"Vergewaltigungen und Blutvergießen durch bewaffnete Banden schüren das Feuer in den Krisenregionen dieser Welt" sagte Amnesty-Rüstungsexperte Mathias John. "Schuld daran sind unverantwortliche Rüstungstransfers. Eine strikte Kontrolle des weltweiten Handels mit Kleinwaffen und anderen konventionellen Rüstungsgütern ist längst überfällig." 2006 stimmten 153 Staaten der UN-Vollversammlung für den Prozess zur Ausarbeitung eines solchen Abkommens. Diesen versucht eine Minderheit von Staaten, darunter die USA, China, Russland, Indien, Pakistan und Ägypten, zu blockieren und die Kontrollstandards so niedrig wie möglich zu halten.

Die weltweite Kampagne "Waffen unter Kontrolle!" ("Control Arms") hat bereits über 2.000 Parlamentsvertreter mobilisiert. Die von ihnen unterschriebene Petition werden Amnesty International, Oxfam und das internationale Kleinwaffenaktionsnetzwerk IANSA kommenden Oktober UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon in New York übergeben.

ANSPRUCH UND WIRKLICHKEIT

Der Sammelband "Das uneingelöste Versprechen" betrachtet Zustand und Perspektive der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Von Brita Lax-Engel

- [60 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Das uneingelöste Versprechen](#)

Es gibt wohl nur wenige Dokumente, die eine solche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufweisen, wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Die Beiträge des Sammelbands "Das uneingelöste Versprechen" wagen dennoch eine Zwischenbilanz. Das ist verdienstvoll, weil der Band historische und analytische wie auch beschreibende Texte zur Lage der Menschenrechte 60 Jahre nach der Verkündung der Allgemeinen Erklärung durch die UNO-Vollversammlung vereint. Es finden sich darin Ausführungen zur Geschichte der Menschenrechte, zu den Fortschritten in der Normensetzung und zu den Defiziten des Menschenrechtsschutzes. Die Rückschritte nach dem 11. September 2001 sind ebenso Thema wie die Frage nach den Perspektiven des Menschenrechtsschutzes.

Zu kurz kommt hingegen die Auseinandersetzung mit kontrovers diskutierten Themen: So etwa die Frage nach dem Verhältnis von Menschenrechten und Islam, die Debatte über die Gleichrangigkeit der bürgerlich-politischen Rechten einerseits und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen andererseits sowie das Thema "Verantwortung zum Schutz" (responsibility to protect) - also die Frage nach den "gerechten" Kriegen zum Schutz einer Bevölkerung und zur Verhinderung eines Genozids.

Besonders spannend zu lesen ist in diesem Zusammenhang der Beitrag von Reiner Huhle über die widersprüchliche Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Er beginnt mit den Positionen der Verantwortlichen für die Nürnberger Prozesse gegen die nationalsozialistischen Führer. Anschließend beschreibt er die Entwicklung bis hin zur Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes bei der Bekämpfung der Straflosigkeit von Menschenrechtsverbrechen.

Der Beitrag von Andreas Zumach zur Bedeutung und Funktion der Menschenrechtsbewegung regt an, darüber nachzudenken, seit wann in Deutschland explizit und öffentlich von "Menschenrechten"

gesprochen wird. Wer in den sechziger und siebziger Jahren politisch sozialisiert wurde, verband damit vor allem die Solidarität mit den von Faschismus, Kolonialismus und Imperialismus unterdrückten Völkern - eine Sichtweise, die den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden kann.

Jedes Kapitel eröffnet den Lesern einen besonderen Zugang zum Thema. Aber erst ganz am Ende des Buches, bei den "12 Thesen zur Zukunft der Menschenrechte" von Volkmar Deile, trifft man auf einen streitbaren Text, der Positionen vertritt und Anstöße für eine Debatte liefert - teilweise auch über die oben angesprochenen Themen. Damit könnte eine ebenso interessante wie notwendige Auseinandersetzung beginnen.